PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH !

Rote Fahne

TRIBÜNE DER MARXISTEN-LENINISTEN IN DER KPÖ

Nr.27 1.Jänner 1965 Einzelpreis S 3,-

LENIN an unsere Leser

Vor nunmehr genau 60 Jahren schrieb W. I. Lenin anläßlich der Herausgabe der Zeitung "Wperjod" ("Vorwärts") - des ersten bolschewistischen Organs, das an die Stelle der "Iskra" trat, nachdem diese in die Hände der damaligen Revisionisten, der Menschewiki, geraten war - den nachstehend auszugsweise abgedruckten "Brief an einen Genossen".



Obschon 60 Jahre alt, ist der Brief - wie so viele Schriften Lenins - gerade heute und gerade für uns von solcher Aktualität, daß wir ihn als Leitartikel der ersten Nummer der "Roten Fahne" im Jahr 1965 voranstellen wollen. Sowohl das, was Lenin in bezug auf die grundsätzliche Linie einer revolutionären Zeitung, als auch das, was er über die Beziehungen zwischen ihrer Redaktion und ihren Lesern schreibt, macht nicht nur gründliches Nachdenken, sondern vor allem praktische Anwendung nötig - bei der Redaktion und bei den Lesern.

Lenin datierte seinen Brief mit 12. Dezember 1904. Am 4. Jänner 1905 erschien der Brief dann erstmals - hektographiert - in Druck. Wir zitieren aus diesem ursprünglichen Text:

"W.G. Sie haben wahrscheinlich schon von der hier im Ausland erfolgten Gründung der Zeitung 'Wperjod' gehört.

Wir schritten an die Herausgabe der Zeitung erst dann, als uns nichts anderes zu tun übrig blieb. Wir haben uns stets bemüht, den Kampf im Rahmen der Statuten zu führen. Während eines ganzen Jahres agitierten wir für den Parteitag, der den einzigen parteipolitischen Ausweg aus der unerträglichen Lage darstellt, in die die Partei geraten

ist...Das ZK, in das drei der erklärtesten Menschewiki kooptiert wurden, stellte sich an die Seite der Menschinstwo...Die Eroberung dieser beiden Zentren (Zentralorgan und ZK) gestattet der Menschinstwo, die gesamte Arbeit in der Provinz zu organisieren...Sie werden bald nähere Einzelheiten darüber erfahren.. daß es in ihrem Plan liegt, die Komitees zu zerschlagen und im Sommer den fälligen Kongreß ihrer menschewistischen Komitees einzuberufen...Noch vor kurzem hätten wir uns gehütet, das zu behaupten, aber die letzten Nummern der 'Iskra' und die Broschüre 'Intelligenz und Arbeiterschaft' lassen nicht mehr daran zweifeln. Die Meinungsverschiedenheiten sind weit über die organisatorischen Grenzen hinausgegangen.

Mit der Gründung unseres Organs handeln wir in voller Übereinstimmung mit der Masse der russischen Bolschewiki und in voller Übereinstimmung mit der Linie des Parteikampfes...Wir treten offen auf, im Namen der Aufgaben, die schon seit langem in einer Reihe von Broschüren der gesamten Partei zur Kenntnis gebracht wurden.

Wir kämpfen und werden kämpfen für eine feste revolutionäre Linie, gegen die Verdunkelung und das Hin- und Herpendeln in den organisatorischen und taktischen Fragen...Wir wenden uns jetzt an alle bolschewistischen Genossen mit der Bitte um ihre Unterstützung. Wir werden unser Organ nur unter der Bedingung erscheinen lassen, daß es zum Organ der russischen Bewegung wird und nicht nur eines ausländischen Zirkels. Dazu ist vor allem die energischeste literarische Unterstützung oder besser gesagt, die 'literarische' Beteiligung aus Rußland notwendig. Ich unterstreiche und apostrophiere das Wort 'literarisch', um seinen Sinn von vornherein klarzustellen und um Mißverständnissen vorzubeugen, die sehr leicht unterlaufen und der Sache sehr schaden können; das ist die falsche Ansicht, daß nur die Literaten (im beruflichen Sinne des Wortes) imstande sind, mit Erfolg an dem Organ mitzuarbeiten. Im Gegenteil, das Organ wird nur dann lebendig und lebensnotwendig sein, wenn auf fünf leitende und ständige Mitarbeiter fünfhundert und fünftausend Nicht-Literaten kommen. Ein wirklich lebendiges Organ muß ein Zehntel des eingesandten Materials drucken und den Rest zur Informierung der Literaten verwenden. Es ist notwendig, daß eine möglichst große Zahl von Parteiarbeitern mit uns in Briefwechsel stände bzw. in einem Briefwechsel im gewöhnlichen, nicht-literarischen Sinn des Wortes... Mögen das jene nicht vergessen, die wirklich in unserem Organ das Organ der gesamten 'Bolschinstwo' ('Mehrheit') sehen wollen (und es dazu machen wollen). Möge jeder, der dieses Organ als das seine ansieht...sich für immer freimachen von der bürgerlichen Angewohnheit, so zu denken und zu handeln, wie dies in bezug auf die legalen Zeitungen üblich ist: ihre Sache ist es, zu schreiben, und die unsere - das Geschriebene zu lesen...

Wir bitten alle, mit uns zu korrespondieren - und besonders die Arbeiter. Gebt den Arbeitern größere Möglichkeit, an unsere Zeitung zu schreiben, und zwar über alles zu schreiben, möglichst viel über das alltägliche Leben, über ihre Interessen, über ihre Arbeit. Ohne dieses Material wird das Organ keinen Groschen wert sein...

Wir bitten außerdem, mit uns zu korrespondieren und zwar nicht in erster Linie für den Druck, sondern zum kameradschaftlichen Gedankenaustausch mit der Redaktion und dazu, um sie über alle Ereignisse, über die Stimmung und hauptsächlich über die alltägliche, uninteressante Seite der Bewegung auf dem Laufenden zu halten...

Schreibt uns über die Gespräche in den Arbeiterzirkeln, über den Charakter derselben, über die Fragen der Arbeiter, über die Art der Propaganda und Agitation, über die Verbindung in der Öffentlichkeit...Diese praktischen Fragen sind namentlich jetzt sehr interessant und es gibt keine anderen Mittel, die Redaktion mit ihnen bekanntzumachen, als den lebhaften kameradschaftlichen Briefwechsel. Allerdings, nicht jeder kann und will schreiben - aber sage nicht: ich kann nicht, sondern ich will nicht. Wenn ihr wollt, dann wird sich in jedem Zirkel, ja sogar in der kleinsten unwichtigen Gruppe (und die sind besonders interessant, denn sie führen oft den wichtigsten, wenn auch unsichtbaren Teil der Sache aus) der eine oder andere Genosse finden lassen, der zu schreiben versteht...

Laßt vor allem die jungen Parteiarbeiter, die Jugend, die Arbeiter, die Organisatoren und die einfachen Mitglieder an uns schreiben, nur dann und nur unter der Bedingung eines solchen breiten Briefwechsels sind wir imstande, unsere Zeitung zu einem wirklichen Organ der Arbeiterbewegung in Rußland zu machen."

ANGENEHM ÜBERRASCHT

sind wir von der ansehnlichen Zahl jener Genossen und Freunde, die den Beginn des neuen Kampfjahres dazu benützten, uns nicht nur in vielen Karten, Briefen und Telegrammen ihre Solidarität zu bekunden, sondern ihren ermutigenden Worten gleichzeitig auch ermutigende Taten folgen ließen. Allein die Zahl neuer Adressen, die uns in den letzten drei Wochen erreichten, beträgt mehr als 350, während die finanziellen Spenden, die in dieser Zeit auf unser Konto eingezahlt, persönlich übergeben oder Briefen beigelegt wurden, einen neuen Höhepunkt erreichten. Herzlichen Dank allen Genossen, die dazu beigetragen haben ! Ihre Solidarität gibt uns nicht nur die materielle Basis für unsere weitere Tätigkeit, sondern ist uns auch ein gewaltiger Ansporn, nicht locker zu lassen und den für die kommunistische Bewegung heute zu einer Existenzfrage gewordenen Kampf gegen den Revisionismus noch besser und entschiedener als bisher zu führen.

Die Redaktion der "Roten Fahne" hat Anfang 1964 versprochen, ihren Lesern und Freunden im Lauf des Jahres zumindest 500 Seiten Informationsmaterial zur Verfügung zu stellen. Tatsächlich ist es gelungen, 24 Nummern der Zeitung (einschließlich der 3 Sondernummern) und 5 Sonderdrucke im Gesamtumfang von 778 Seiten herauszugeben, das Programm also um mehr als 50 Prozent zu überbieten. Im heurigen Jahr werden wir diesen Um-

Aus dem Inhalt:

fang unserer Publikationstätigkeit weiter vergrößern, vor allem aber auf die qualitative Verbesserung der "Roten Fahne" besonderen Wert legen. Neben der konkreteren Beschäftigung mit praktischen Fragen des Kampfes der Arbeiterklasse innerhalb und außerhalb unseres Landes wird das auch die intensivere Auseinandersetzung mit den theoretischen Grundlagen des Marxismus-Leninismus, die Anleitung zum Verständnis seiner Grunderkenntnisse sowie die Anwendung dieser Erkenntnisse auf die wichtigsten aktuellen Probleme in Form von ausführlichen Analysen erforderlich machen.

Wir hoffen, daß eine solche inhaltliche Verbesserung der "Roten Fahne" nicht nur Gelegenheit geben wird, ihren bisherigen Lesern und Freunden mehr als im vergangenen Jahr zu bieten, sondern auch neue Freunde und Interessenten zu gewinnen.

Der Abonnementsbetrag von S 65,- für das ganze Jahr (S 35,- für das Halbjahr) bleibt unverändert. Jene Leser, die ihr ablaufendes Abonnement noch nicht erneuert haben, bitten wir, sich dazu des beiliegenden Erlagscheins zu bedienen.

DIE REDAKTION

Österreichs Erdölbetriebe in Gefahr!

Von Betriebsrat Alfred Jocha

Die Erdölarbeiter haben kürzlich wieder einmal demonstriert! Demonstriert vor dem Finanzministerium und der Sektion IV (Verstaatlichte Betriebe) des Bundeskanzleramtes, für die Angliederung der beiden in Staatsbesitz befindlichen Betriebe ÖROP und MARTHA an die gleichfalls verstaatlichte ÖMV, um dieser einen eigenen Vertriebsapparat zu geben.

Kurz die Vorgeschichte dazu: Schon seit Jahren verlangen die Erdölarbeiter, die das österreichische Erdöl vor dem Zugriff der ausländischen Monopole schützen wollen, für die ÖMV-AG einen eigenen Verteilerapparat zu schaffen, um so ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber den ausländischen Erdölmonopolen zu gewährleisten. Die Verwirklichung dieser Forderung ist nicht nur für die Existenz der verstaatlichten Erdölbetriebe, sondern zugleich damit auch für die Sicherung der Arbeitsplätze von mehreren tausend Arbeitern von entscheidender Bedeutung.

In zahllosen Interventionen und Vorsprachen bei Ministern, Mandataren und Parteiführern der Regierungskoalition haben die Betriebsräte diese Forderung vorgebracht und immer wieder wurde ihnen erklärt - sowohl von Seiten der SP als auch der ÖVP - daß man "vollstes Verständnis" für ihr Anliegen habe. Niemand wandte sich offen gegen die Forderung der Erdölarbeiter, aber verwirklicht wurde nichts.

Anläßlich der Budgetverhandlungen für 1965 schien es endlich so weit. Die Regierungsparteien einigten sich - um eine Lücke im Budget zu schließen - darauf, die ÖROP um 200 Millionen Schilling zu verkaufen.

Die "Volksstimme", aber auch der "Erdölarbeiter", die Zeitung der GE für die Erdölbetriebe, begrüßten diesen Entschluß, da sie annahmen, es könne sich nur um die Übertragung der Örop an die ÖMV handeln. Doch diese Erfolgsmeldungen erwiesen sich als verfrüht. Es

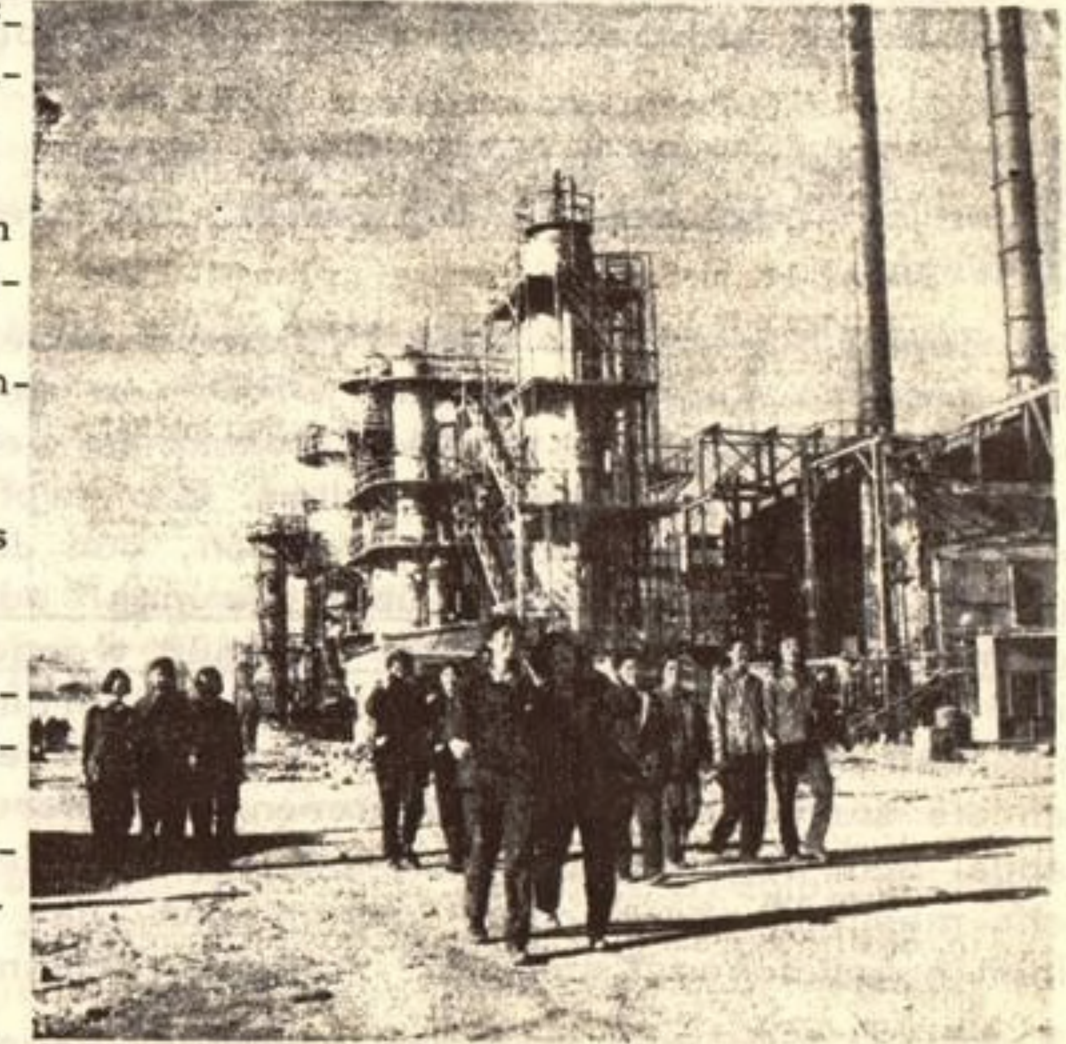
stellte sich heraus, daß die ÖVP mit der ÖROP ganz andere Pläne hatte.

Was an und für sich schon wie ein schlechter Scherz anmutete, nämlich daß der Staat einen Staatsbetrieb an einen anderen Staatsbetrieb verkauft, erwies sich bald als Versuch eines demagogischen Schachers, als die ÖVP erklärte, daß die ÖMV-AG nur 51 Prozent der ÖROP-Aktien erhalten, während die restlichen 49 Prozent anderweitig verkauft werden sollten - einerseits, um privates Kapital (auch ausländisches!) zu erlangen, und andererseits, "um der ÖMV Geld zu ersparen"!

Mit Recht haben die Erdölarbeiter gegen diesen hinterhältigen Plan demonstriert. Seither aber wiederholt sich das alte Spiel: Delegationen zu Pittermann, Delegationen zu Klaus, jeder ist mit den Forderungen der Arbeiter "einverstanden" - aber nichts geschieht!

Es ist schon klar, daß auf solche Weise für die österreichische Erdölwirtschaft kein brauchbares Ergebnis zu erzielen ist. Delegationen von Arbeitern und Betriebsräten werden von den Regierungsparteien, wenn es sein muß, mehrmals in der Woche empfangen und nach einigen freundlichen Redensarten wieder verabschiedet werden. Dieses Spiel kann noch weitere zehn Jahre so fortgehen, so lange, bis die ÖMV zugrunde gerichtet ist.

Die ÖMV hat nicht viel Zeit zu verlieren und kann nicht beliebig lange warten! 1970 laufen ihre Verträge mit den ausländischen Vertriebsgesellschaften (Shell, Mobil, Esso usw.) ab, die diese Gesellschaften verpflichten, die ÖMV-Produkte zu übernehmen und abzusetzen. Was aber wird danach sein? Schon jetzt ist bekannt, daß die großen süddeutschen Raffinerien bis dahin in der Lage sein werden, die österreichischen Verteilergesellschaften mit riesigen Mengen von Erdölderivaten einzudekken, die man ihnen - zumindest für einige Zeit (Dumping!) - zu viel günstigeren Bedingungen anbieten wird als die ÖMV es könnte. Was die ÖMV dann noch zu bestellen haben wird - noch dazu ohne eigenen Verteilerapparat - ist leicht vorzustellen. Sogar mit einem solchen Verteilerapparat, sogar wenn ÖROP und MARTHA der ÖMV hundertprozentig angegliedert werden, wird dann eine schwierige Situation entstehen, denn infolge ihres kleinen Tankstel-



Arbeiterinnen der Yumen-Erdölraffinerie auf dem Heimweg. Volkschina versorgt sich nun selbst mit fast allen Erdölprodukten

lennetzes versorgen diese beiden Gesellschaften höchstens 15 Prozent des derzeitigen Verbrauchs. Ist aber nicht einmal dieses bescheidene Verteilernetz in Händen der ÖMV, dann wird die Lage überhaupt aussichtslos.

Diese drohenden Gefahren vor den Arbeitern klar und offen aufzuzeigen und sie zu einem entschlossenen Kampf zu ihrer Abwendung zu organisieren und in den Kampf zu führen, ist eine unbedingte Notwendigkeit nicht nur für jeden Kommunisten, sondern überhaupt für jeden österreichischen Patrioten.

Die österreichischen Erdölarbeiter haben einheitlich für ihre Forderungen demonstriert. Das war gut und notwendig. Doch es genügt nicht! Man soll sich über die Wirksamkeit dieser Demonstration keine Illusionen machen - auch nicht über den Umstand, daß sogar der Vorstand der ÖMV die Demonstration unterstützt hat, die Autobusse zur Verfügung stellte usw. Die Vorstellung, daß vom einfachen Erdölarbeiter bis zum Herrn Generaldirektor jeder einzelne für eine wirklich österreichische Erdölpolitik eintritt, wäre zu schön, um wahr zu sein.

Man muß kein Vergrößerungsglas nehmen, um zu sehen, daß in der ÖMV auch antiösterreichische Kräfte an entscheidenden Positionen sitzen und eifrig am Werk sind!

Bei der Demonstration haben die Vertreter der Erdölarbeiter erklärt, daß keine - auch nicht die kleinste - Aktie der ÖROP und der MARTHA in die Hände des in- oder ausländischen Privatkapitals kommen darf. Diese Worte wiegen schwer. Man muß zu ihnen stehen, auch wenn die sogenannten "Realpolitiker", die "besonnenen" und "vernünftigen" Elemente mit ihren sozialpartnerischen Kompromißvorschlägen kommen werden!

Die Gefahr liegt darin, daß der einfache, aufrichtige Arbeiter von der SP oder vom ÖAAB glaubt, hier werde ein ehrliches Spiel gespielt.

Die Zentralbetriebsräte aller Fraktionen haben bei Finanzminister Schmitz eine restlose Angliederung der ÖROP an die ÖMV gefordert, widrigenfalls die Demonstration nur der Auftakt zu weiteren Kampfmaßnahmen sei. Auch daran muß man festhalten. Es verpflichtet, ein wachsames Auge jenen Kräften gegenüber zu haben, von denen man jetzt hört, daß sie hinter den Kulissen bereits über die mehr oder weniger Prozent feilschen, die dorthin oder daher verkauft werden sollen. Nur wenn man hier gründlich hineinleuchtet, kann man verhindern, daß die genannten einfachen Arbeiter plötzlich vor der Tatsache eines fix und fertigen Kuhhandels stehen, der einer weiteren Auslieferung der ÖMV ans Auslandskapital den Weg bereitet, und mit jenem müden Achselzucken des "Da kann man halt nix machen" resignieren, das in Österreich schon so oft einen energischen Kampf der Arbeiter gelähmt und verhindert hat.

Gerade jetzt muß man den Arbeitern sagen, daß Delegationen allein nicht genügen, daß auch die eine Demonstration nicht genügt, sondern daß ein mit allen gewerkschaftlichen Mitteln einschließlich

des Massenstreiks geführter und immer energischerer Kampf bis zum vollen Erfolg notwendig ist. Man muß es ihnen auch klarmachen, daß es hier nicht um irgendeinen Streit zwischen den Koalitionsparteien, sondern um den Kampf gegen den Griff des Auslandskapitals nach einem der größten Naturreichtümer unseres Landes geht, um einen Kampf um Österreichs Unabhängigkeit, der von einflußreichen Kräften sabotiert wird, die in beiden Koalitionsparteien beheimatet sind!

In diesem Zusammenhang muß man schließlich auch die Frage des in Verbindung mit dem Staatsvertrag in langen Geheimverhandlungen beschlossenen und von den Koalitionsparteien unterzeichneten "Wiener Memorandums" wieder aufrollen. Bis heute sind die Bestimmungen dieses Abkommens, in dem ÖVP und SPÖ die "Ansprüche" und "Rechte" der ausländischen Erdölmonopole in einem Maß anerkannt haben, das sie offenbar nicht einzugestehen wagen, unveröffentlicht geblieben. Leider hat auch die Führung der KPÖ, die bis 1958 die Veröffentlichung des "Wiener Memorandums" wiederholt gefordert hat, seither diese Forderung kaum mehr erhoben. Warum?

Man kann weder einen wirkungsvollen Kampf für die Schaffung eines eigenen Verteilerapparats der ÖMV führen, noch die Machinationen durchkreuzen, die dem im Wege stehen, wenn man nicht die Klauseln, die Zugeständnisse und Vereinbarungen kennt, die diesbezüglich schon vor 9 Jahren ausgehandelt wurden und ohne deren Aufhebung und Außerkraftsetzung man die österreichische Erdölwirtschaft nicht wird sichern können.

Der Kampf um die Veröffentlichung des "Wiener Memorandums" wird ferner auch die Hintergründe aufdecken, warum die ÖMV keine Bohrkonzessionen im Burgenland erhält, warum diese Ausländern zugesagt wurden und warum die ganze Sache dann vertuscht wurde, als sie in der österreichischen Öffentlichkeit allzuviel Staub aufgewirbelt hatte.

Der Kampf gegen das lichtscheue Wiener Memorandum wird schließlich auch das Projekt des Baues einer Erdöl-Pipeline von Triest über Österreich nach Bayern besser verstehen lassen. Jetzt begrüßt der Zentralbetriebsrat der ÖMV noch diesen Bau und stellt nur Forderungen, wer am Bau beteiligt, wer Aktienbesitzer sein soll usw. Er begrüßt den Bau, obwohl viele Fachleute vor den Folgen warnen. Tatsächlich wird diese Erdölleitung wesentlich dabei mithelfen, den Druck des Auslandskapitals auf die ÖMV zu verstärken. Umso weniger ist es zu rechtfertigen, daß auch die KPÖ die ursprünglich gegen den Bau erhobenen Einwände aus irgendwelchen Gründen fallengelassen hat.

Gegen die Gefahr, daß die verstaatlichte ÖMV von den Erdölprodukten der süddeutschen Raffinerien niederkonkurriert wird, muß man schon jetzt etwas unternehmen. Vielerlei Maßnahmen sind nötig und möglich. Vor allem muß der ÖMV der Absatz ihrer Produkte gesichert werden. Wenn die Ausländer ihre Tankstellen in Österreich betreiben wollen, dann müssen sie dazu verpflichtet werden, die ÖMV-Produkte - auch aus einer wachsenden Förderung, die durchaus erzielt werden kann -

abzunehmen. Das wird dann auch zu einer wirklichen Sicherung der Arbeitsplätze der Erdölarbeiter beitragen.

Im Mittelpunkt aber muß der Kampf gegen das Wiener Memorandum stehen. Hier besteht die Möglichkeit, eine breite Kampffront der Arbeiterklasse und überhaupt aller patriotischen Österreicher zu bilden. Dazu ist allerdings notwendig, klar und kompromißlos aufzuzeigen, wer Freund und wer Feind ist, wer auf Seiten der nationalen Interessen Österreichs und wer auf Seiten des Auslandskapitals steht. Ein Schweigen über die Rolle der maßgeblichen Führer der ÖVP und der SPÖ, die das Wiener Memorandum unterzeichnet haben und jetzt alles daransetzen, es auf Kosten nicht nur der Erdölarbeiter, sondern der ganzen österreichischen Nation zu erfüllen, ist gerade jetzt unverzeihlich. Es kann weder das Entstehen einer solchen wirkungsvollen Kampfeinheit erleichtern noch kann es irgendwelche anderen Erfolge für die Arbeiter bringen.

Zu den Massenverhaftungen in Indien

Knapp vor Drucklegung der vorliegenden Nummer erreicht uns die Nachricht von Massenverhaftungen unter unseren Genossen in Indien. Wie die Pressemeldungen besagen, wurden innerhalb weniger Tage fast 1000 "prochinesische" indische Kommunisten - gemeint sind antirevisionistische Kommunisten - verhaftet und eingekerkert.

Dieser Gewaltstreich der indischen Regierung stellt offenbar ihre Antwort auf die vor kurzem erfolgte Neugründung der KP Indiens auf marxistisch-leninistischer Basis dar und ist eine unverkennbare Schützenhilfe für den Verräter Dange, dessen Einfluß in rapidem Sinken begriffen ist. Besser als vieles andere kennzeichnet diese Verhaftungswelle den wahren Charakter der von den modernen Revisionisten so überaus verehrten indischen Regierung, die einerseits nicht bereit ist, eine Politik aufzugeben, die das furchtbare Elend der Millionenmassen des indischen Volkes noch vergrößert, andererseits aber auch nicht "tatenlos" zusehen möchte, wie der unter den schwierigsten Bedingungen durchgeführte und so erfolgreiche sozialistische Aufbau in China im indischen Volk an Anziehungskraft gewinnt.

Die Behauptung der indischen Schergen, es handle sich um die Zerschlagung einer "fünften Kolonne im chinesischen Sold" ist weder neu noch originell. Es ist das Standard-Argument - besser gesagt, die Standard-Lüge - jeglicher gewalttätiger Reaktion gegen die Kräfte des Fortschritts.

Der konterrevolutionäre Gewaltstreich der indischen Regierung in der innenpolitischen Arena läßt auch besser verstehen, wie es um die Außenpolitik dieser Regierung bestellt ist, die mit der Innenpolitik in untrennbarem Zusammenhang steht. Der Mythos von der indischen Blockfreiheit hält näherer Betrachtung längst nicht mehr stand. Hinter dem Rauchvorhang dieser angeblichen Blockfreiheit steht in Wirklichkeit eine sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch aggressive Großbourgeoisie, die, um ihre eigene reaktionäre Macht aufrechtzuerhalten, bereit ist, das Land zum Exerzierfeld der aggressivsten Imperialisten zu machen.

Die Massenverhaftungen in Indien werfen schließlich auch neues Licht auf die traurige Rolle der Chruschtschow-Revisionisten, die Indien nicht nur mit Waffen gegen das sozialistische China versorgen, sondern ihm auch helfen, den reaktionären Staatsapparat aufzupäppeln, der so großartig gegen kommunistische Revolutionäre funktioniert.

Aber auch in ideologischer Hinsicht besteht zwischen den Polizeibütteln, die jetzt in Indien ihre Razzien gegen "prochinesische" Kommunisten durchführen, und den modernen Revisionisten eine enge Zusammenarbeit. Man erinnert sich des berüchtigten Referats von Suslow, in dem er die dem Marxismus-Leninismus treu gebliebenen Kommunisten als "Grüppchen" einzelner weniger "Spalter" bezeichnete und sie obendrein als "Leute mit dunkler Vergangenheit" beschimpfte. Von diesen "wenigen Spaltern" haben nun die indischen Machthaber tausend Stück verhaftet und bei der lügnerischen Anklage, die sie gegen sie erheben werden, können sie einfach das übernehmen, was Chruschtschow und Suslow über alle jene zusammengelogen haben, die sich ihrer revisionistischen Fuchtel nicht beugen wollten.

Indien hat sich zu einem monströsen Zwitter entwickelt - es ist heute sowohl Lieblingskind des Weltrevisionismus als auch Juniorpartner und wichtigstes Manöverfeld des amerikanischen Imperialismus in Asien. Wir werden auf das Problem Indien in den nächsten Nummern der "Roten Fahne" noch ausführlicher zu sprechen kommen.

Nebenbei: Warum hat die "Volksstimme", als sie über die Massenverhaftungen in Indien schrieb, ganz "vergessen" mitzuteilen, daß die indische Bourgeoisie nur solche Kommunisten verhaftet und eingekerkert hat, die sie wegen ihrer antirevisionistischen Einstellung als "prochinesisch" betrachtet, während sie alle Revisionisten und Pro-Chruschtschowianer wohlwollend verschont?

DINGE, DIE ZU DENKEN GEBEN

LIEBESGABEN



Stolz brachte die "Volksstimme" vom 29.12.1964 auf ihrer Titelseite das nebenstehende Bild, das die Verteilung weihnachtlicher Liebesgaben an das österreichische Bundesheer durch die FÖJ zeigt.

Nichts gegen die jungen Menschen, die der Staat in die Soldatenröcke gesteckt hat. Ihnen gehört unsere Sympathie - ihnen, den jungen Arbeitern, nicht aber der "Kluft" in die sie hineingezwungen wurden, nicht ihrer Funktion als Werkzeug des kapitalistischen Staatsapparats, die sie fast alle nur widerwillig auf sich nehmen. Gerade in dieser Funktion aber "ehrt" und beschenkt sie die FÖJ. Wo ist da noch ein Unterschied zwischen ihr und einer beliebigen bürgerlichen Jugendorganisation?

EIN "WITZ", BEI DEM MAN WEINEN MÜSSTE

"Kadar kommt in ein Dorf und fragt den Parteivorsitzenden, was es Neues gibt. 'Alles geht in Ordnung, Genosse Kadar', sagt der. 'Nur mit dem reaktionären Klerus haben wir Schwierigkeiten. Ich habe vom Pfarrer verlangt, daß er uns die ersten drei Bänke in der Kirche reserviert. Aber der Pfarrer hat gesagt, in der Kirche gibt's das nicht, jeder kann sitzen, wo er will. Darauf sage ich ihm, wenn er uns nicht die ersten drei Bänke reserviert, tragen wir ihm zu Fronleichnam nicht den Himmel. Darauf ist er wütend geworden und hat geschrien: 'Wenn ihr mir nicht zu Fronleichnam den Himmel tragt, so setz ich dir nicht die Rede für die nächste Parteiversammlung auf.'"

Der merkwürdige Witz steht nicht in der "Kronen-Zeitung", sondern in der "Volksstimme" vom 1. Jänner 1965. Ernst Epler hat den Mut, ihn nicht nur abzudrucken, sondern noch darunterzuschreiben: "Dieser ungarische Witz ist natürlich gewaltig übertrieben, aber wie jeder Witz enthält er ein Körnchen Wahrheit."

Ernst Epler freut sich darüber - wir bedauern es. Und uns scheint: die sich ergebende Schlußfolgerung, daß nun eine gewisse Sorte von "Kommunisten" eine ähnliche soziale Funktion übernommen hat wie der reaktionäre Klerus, ist "natürlich gewaltig übertrieben, aber enthält ein Körnchen Wahrheit"!

Aufruf MAO TSE TUNGS gegen die imperialistische Aggression im Kongo

Peking, 28. November 1964

"Die bewaffnete Aggression der Imperialisten gegen den Kongo (Leopoldville) ist eine sehr ernste Sache.

Die Vereinigten Staaten waren schon die ganze Zeit darauf aus, den Kongo unter ihre Kontrolle zu bringen. Sie benützten die 'Streitkräfte der Vereinten Nationen', um dort alle möglichen Verbrechen zu begehen. Sie ermordeten den kongolesischen Nationalhelden Lumumba. Sie stürzten die rechtmäßige kongolesische Regierung. Sie zwangen dem kongolesischen Volke die Marionette Tschombe auf und entsandten Söldnertruppen, um die nationale Befreiungsbewegung im Kongo zu unterdrücken. Und jetzt führen sie zusammen mit Belgien und Großbritannien die unmittelbare bewaffnete Intervention durch. Dabei hat der amerikanische Imperialismus nicht nur die Kontrolle des Kongo zum Ziel, sondern gleichzeitig auch, das gesamte Afrika, insbesonders die neuerdings unabhängig gewordenen afrikanischen Staaten, wieder in die Netze des amerikanischen Neo-Kolonialismus zu bringen.

Die amerikanische Aggression ist auf den heroischen Widerstand des kongolesischen Volkes gestoßen und hat die Empörung der Völker Afrikas und der ganzen Welt hervorgerufen.

Der USA-Imperialismus ist der gemeinsame Feind der Völker der ganzen Welt. Er führt die Aggression gegen Südvietnam durch, er interveniert in Laos, bedroht Kambodscha und prahlt damit, den Krieg in Indochina auszuweiten. Er versucht alles, um die kubanische Revolution zu erwürgen. Er will Westdeutschland und Japan in zwei wichtige Kernwaffenbasen der Vereinigten Staaten verwandeln. Er hat sich bei der Schaffung von "Malaysia" mit Großbritannien zusammengetan, um dadurch Indonesien und andere Staaten in Südostasien zu bedrohen. Er hält Südkorea und die chinesische Provinz Taiwan besetzt. Er beherrscht ganz Lateinamerika. Überall geht er rücksichtslos und anmaßend vor. Der amerikanische Imperialismus hat den Bogen überspannt. Jedesmal wenn er irgendwo eine neue Aggression begeht, legt er sich eine neue Schlinge um den Hals. Er wird von den Völkern der ganzen Welt schwer bedrängt.



Szene aus der Massenkundgebung der Bevölkerung Pekings vom 28. November 1964 gegen den imperialistischen Überfall auf den Kongo (L)

Das kongolesische Volk steht in seinem gerechten Kampf nicht allein. Das ganze chinesische Volk ist mit ihm. Die Völker der ganzen Welt, die gegen den Imperialismus sind, unterstützen es.

Der amerikanische Imperialismus und die Reaktionäre aller Länder sind Papiertiger. Der Kampf des chinesischen Volkes hat das bewiesen. Der Kampf des Volkes von Vietnam beweist das. Der Kampf des kongolesischen Volkes wird das ebenfalls beweisen. Das kongolesische Volk wird seine nationale Einheit festigen, in seinem langwierigen Kampf ausharren und mit Sicherheit siegreich sein. Der amerikanische Imperialismus wird mit Sicherheit geschlagen werden.

Völker der ganzen Welt, vereinigt Euch! Besiegt die US-Aggressoren und ihre Lakaien! Völker der Welt, habt Mut, wagt den Kampf, trotzt den Schwierigkeiten, schreitet eines ums andere voran, damit die Welt den Völkern gehöre! Alle Übeltäter sollen vernichtet werden."

DIE PROTESTKUNDGEBUNG

Am Sonntag, den 28. November fand um 10 Uhr vormittags auf dem Tien-An-Men-Platz im Herzen von Peking eine Massenkundgebung gegen die amerikanisch-belgisch-britische Intervention im Kongo statt. Nach offiziellen Angaben nahmen an der Kundgebung mehr als 700.000 Menschen teil.

Genosse Peng Chen, Oberbürgermeister von Peking, hielt die Eröffnungsrede. Nach ihm ergriffen der Reihe nach das Wort: Kuo Mo Jo, Vorsitzender des chinesischen Friedenskomitees; Zacharia El-Adly Iman, Botschafter der VAR bei der Volksrepublik China; Alphonse Bayonne, Botschafter von Kongo (B) bei der VR China; Mohamed Khouri, algerischer Geschäftsträger in der VR China; N. Dalla, geschäftsführender Sekretär der Jugendorganisation der nationalen revolutionären Bewegung in Kongo (B).

Unter den führenden Persönlichkeiten der Partei und des Staates befand sich auch Genosse Mao Tse-tung, Vorsitzender des ZK der KP Chinas, was bei ausländischen Beobachtern besondere Beachtung fand, da ihn ein Teil der westlichen Presse (u. a. der "Kurier" v. 10. 11. 64) kürzlich als "schwerkrank" hingestellt hatte.

Genosse Mao Tse Tung feierte im Dezember seinen 71. Geburtstag.



Genosse MAO TSE TUNG bei der Protestkundgebung des chinesischen Volkes gegen die imperialistische Aggression im Kongo

"SEINER INTERNATIONALEN PFLICHT GETREU, UNTERSTÜTZT DAS SOWJETVOLK ALBANIEN TATKRÄFTIG BEIM SOZIALISTISCHEN AUFBAU.."

Grußbotschaft an Albanien

Das Präsidium des Obersten Sowjets und der Ministerrat der UdSSR richteten am 28. November im Namen des ganzen Sowjetvolkes herzliche Glückwünsche an das albanische Brudervolk zum 20. Jahrestag der Befreiung Albaniens von den faschistischen Okkupanten.

„Die Sowjetmenschen bringen dem albanischen Volk, das im zweiten Weltkrieg tapfer gegen unseren gemeinsamen Feind — den Faschismus — gekämpft hat, große Sympathien entgegen. Seiner internationalen Pflicht getreu, unterstützt das Sowjetvolk Albanien tatkräftig beim sozialistischen Aufbau", heißt es in dem Telegramm, das an das Präsidium der Volksversammlung und an den Ministerrat Albaniens gesandt wurde.

• • •

Die nebenstehende Presse-Mitteilung, die obige Worte enthält, stammt nicht aus den Tagen Stalins, als die Sowjetunion dem tapferen Albanien tatsächlich eine Hilfe leistete, die ob ihrer Großzügigkeit und Selbstlosigkeit bis heute unvergessen ist. Wie schon das Datum des 20. Jahrestags verrät, stammt die Mitteilung aus unseren Tagen und zwar konkret aus der von der sowjetischen Gesandtschaft kostenlos an mehrere tausend Österreicher verschickten Wochenzeitschrift "Sowjetunion heute" vom 6. Dezember 1964.

Wir nehmen nicht an, daß das Präsidium des Obersten Sowjets und der Ministerrat der UdSSR, von denen die zitierten Worte stammen, damit nur die Tatsache ausdrücken wollten, daß sich das sowjetische Volk nicht an der antialbanischen Aktivität seiner Partei- und Staatsführer beteiligt und das sozialistische Albanien trotz und entgegen der offiziellen Politik der UdSSR "seiner internationalen Pflicht getreu tatkräftig unterstützt". Ist es aber nicht so, dann handelt es sich um die Frage, wie es mit der "tatkräftigen Unterstützung" bestellt ist, die die Führung der sowjetischen Partei und des Sowjetstaates dem albanischen Volk zuteil werden läßt! Diesbezüglich aber sehen die Fakten folgendermaßen aus:

Die Sowjetregierung hat nicht nur jegliche wirtschaftliche Hilfe für das sozialistische Albanien seit Jahren eingestellt, sondern darüber hinaus den gesamten Handelsverkehr mit diesem Land unterbunden, ja eine regelrechte Wirtschaftsblockade über Albanien organisiert!

Die Sowjetregierung hat alle mit Albanien bestehenden handelspolitischen, wirtschaftlichen und technischen Verträge wie einen wertlosen Fetzen Papier zerrissen, die in Albanien weilenden Spezialisten - zum Teil mit allen wissenschaftlichen Unterlagen, Forschungsergebnissen, Plänen, Analysen usw. - überfallsartig abgezogen und andere Volksdemokratien zu einem ähnlichen Vorgehen veranlaßt.

Die Sowjetregierung hat alle politischen und kulturellen Beziehungen mit Albanien, ja sogar die diplomatischen Beziehungen - die sie sogar mit reaktionärsten, halb- oder ganzfaschistischen Regimes aufrecht hält - mit diesem sozialistischen Land abgebrochen, hat Albanien widerrechtlich und in diktatorischer Weise aus dem "Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe" sowie aus dem Warschauer Verteidigungspakt ausgeschlossen.

Die Sowjetvertreter haben bei ihrem Abzug aus Albanien die Verteidigungsanlagen dieses Landes zu zerstören versucht und das teilweise auch durchgeführt, worüber es authentisches Beweismaterial gibt.

Die sowjetische Führung hat schließlich durch den Mund Chruschtschows öffentlich zum Sturz der albanischen Partei- und Staatsführung aufgerufen und solche konterrevolutionären Versuche aktiv unterstützt.

DAS UND NICHTS ANDERES IST DIE "TATKRÄFTIGE HILFE", DIE CHRUSCHTSCHOW UND SEINE FREUNDE DEM SOZIALISTISCHEN ALBANIEN IN DEN LETZTEN JAHREN GEGEBEN HABEN! DIE NACHFOLGER CHRUSCHTSCHOWS HABEN AN DIESER EMPÖRENDEN, DURCH UND DURCH ANTISOZIALISTISCHEN POLITIK BIS HEUTE NICHTS WESENTLICHES GEÄNDERT! Sie haben weder in der Tat nennenswerte Änderungen in ihrer Haltung zu Albanien durchgeführt, noch auch nur den Mut gefunden, solche Änderungen anzukündigen, Selbstkritik zu üben und sich beim albanischen Volk für den unerhörten Schaden zu entschuldigen, den ihm die Chruschtschowsche Repressivpolitik zugefügt hat!

Unter solchen Umständen jetzt dem sozialistischen Albanien zum Jahrestag seiner Befreiung zu "gratulieren" und sich selbst das Zeugnis auszustellen, daß man Albanien in treuer internationalistischer Pflichterfüllung "tatkräftige Hilfe" angedeihen lasse, bedeutet, der materiellen Schädigung noch Verhöhnung und Verspottung hinzuzufügen!

★

Als der Oberste Sowjet und der Ministerrat der UdSSR ihre allen Tatsachen ins Gesicht schlagende Erklärung über ihre pflichtgetreue und tatkräftige Unterstützung Albaniens zu Papier brachten, befanden sich zwei Mitglieder der Redaktion der "Roten Fahne" in Albanien und besichtigten ein knapp vor der Inbetriebnahme stehendes imposantes Wasserkraftwerk, das leider noch keinen Namen hat, da Genosse Enver Hodscha den Vorschlag, es nach ihm zu benennen, entschieden abgelehnt hat. Die Anlage des Werkes war technisch überaus kompliziert und erforderte die Bewältigung schier unüberwindlicher Probleme. Der hoch im Gebirge angelegte Stausee mußte durch eine 3,8 km lange riesige Röhre durch einen Berg hindurch mit dem Punkt verbunden werden, von dem aus gewaltige Fallrohre zur eigentlichen Kraftstation hinunterführen. Der Bergzug, durch den der Haupttunnel gegraben werden mußte, erwies sich als von zahllosen Wasseradern, ja von ganzen unterirdischen Seen unterminiert und ununterbrochen ereigneten sich neue Wassereinbrüche und Einstürze, die Leben und Gesundheit der rund 1500 eingesetzten Arbeiter bedrohten. Von drei Seiten her - von den beiden Endpunkten sowie von einem eineinhalb Kilometer tief in den Berg getriebenen Mittelschacht aus - begann man mit der Arbeit, als Chruschtschow den sowjetischen Spezialisten, welche die oberste Bauleitung übernommen hatten, plötzlich den Befehl gab, unter Mitnahme aller Baupläne und Untersuchungsergebnisse abzureisen! Die sowjetischen Stellen waren immerhin so freundlich, die Albaner eindringlich vor der Fortsetzung des Tunnelbaues und damit des ganzen Projekts zu warnen. Es komme einem verantwortungslosen Spiel mit dem Leben hunderter Menschen gleich, wenn man den Bau unter den sich ergebenden Umständen fortführe, sagten sie.

Die albanischen Arbeiter und Ingenieure dankten für diese Art von Rat und Hilfe und setzten den Bau fort. Die nun folgende Geschichte hundertfachen wahren Heldentums der sozialistischen Arbeit wäre der Feder der besten Schriftsteller und Dichter würdig. Wir sprachen mit Arbeitern, deren Taten echte Heldenlieder sind und die doch nur ungern darüber sprechen, schüttelten Menschen die Hände, die beim erfolgreichen Versuch, das Leben ihrer Kameraden zu schützen oder auch nur einige wertvolle Arbeitsgeräte zu retten, fast Übermenschliches geleistet hatten. Und sie haben auf der ganzen Linie gesiegt! Die Bohrkolonnen trafen sich an der einen Stelle mit 10 mm, auf der anderen Seite mit nur 4 mm Differenz gegenüber dem errechneten Soll! Die Zahl der Unglücksfälle blieb allen "Warnungen" zum Trotz niedrig. Daß dennoch einige Menschen im Berg sterben mußten, ist deswegen nicht weniger bitter. "Vielleicht hätten auch sie nicht sterben müssen - unter anderen Umständen", sagten uns die albanischen Genossen nachdenklich, als wir mit ihnen durch das jetzt schon fertige, glattwandige Tunnel schritten, durch das in wenigen Wochen schon das Wasser schießen wird. Wir haben verstanden, was sie meinten.

Das Bild dieser albanischen Arbeiter und Ingenieure, der heldenhaften Erbauer des Kraftwerks, das noch keinen Namen hat, steigt vor uns auf, wenn wir jetzt lesen, was einige Nachfolger Chruschtschows über "internationale Pflicht" und "tatkräftige Hilfe" schreiben. Was die albanischen Genossen wohl sagen werden, wenn sie diese merkwürdige "Grußbotschaft" erhalten? Und was in Zukunft überhaupt die Menschen über Erklärungen des Obersten Sowjets und des Ministerrates der UdSSR denken werden, wenn die Worte und die Taten so ungeheuerlich auseinanderklaffen wie in diesem Fall?

F. St.



DIE WELT UM DIE JAHRESWENDE 1964/65

Dem Spißbürger, der Westeuropa als den Nabel der Welt, alles übige aber als untergeordnetes Beiwerk betrachtet, mag dieeutige Welt als mit kleinen Fehlern behaftete Gemeinscht erscheinen, die sich mehr oder minder friedlich zu imer mehr Demokratie und Sozialismus entwikkelt, dale satten Humanisten, die an der Spitze der meisten Staen stehen, infolge zunehmender Angst vor einem Atomkri(und abnehmender Angst vor einem "entstalinisierten"ommunismus täglich "vernünftiger" zu werden beginnen

Die Wirichkeit ist weniger idyllisch. Mag man es zur Kenntnisehmen oder nicht: Für die Völker dutzender Länder, ir viele hunderte Millionen Menschen ist sie eine Wirichkeit erbitterter Kämpfe und Kriege, in denen es u Sein oder Nichtsein geht und das Blut hunderttausendeder Besten fließt.



KONGO: Auf dem Weg zur Erschießung

Die USA "helfen" SÜD-VIETNAM

"Ruhe und Ordnung" in TANGANYIKA

Die USA schütn INDOCHINA vor dem Kommunismus

BELGIEN: König Baudoin dekoriert einen USA-Offizier wegen besonderer "Verdienste" um den Kongo

"MALAYSIA": Strafexpeditionen gegen "Eingeborene"

SÜDAFRIKA: Pflege alter Kaltraditionen

BRASILIENS "friedlicher Weg"

Der 8. Parteitag der Tito-Partei und die Haltung der KPÖ-Führung

Über den im Dezember 1964 abgehaltenen 8. Parteitag der jugoslawischen Revisionisten, die sich noch des Namens "Bund der Kommunisten Jugoslawiens" (BdKJ) bedienen, veröffentlichte die "Volksstimme" gleich drei verschiedene, mit auffälligen Titeln versehene Berichte und zwei große Fotos, von denen das eine - besonders groß aufgemachte - Fürnberg und seinen Begleiter Hexmann in freundschaftlichstem Beisammensein mit Tito festhielt. Was aber den Inhalt des Parteitags betrifft, die dort aufgerollten Probleme und beschlossenen politischen Richtlinien, so waren die Nachrichten der "Volksstimme" überaus dürftig; praktisch wurde dem Leser überhaupt jede Information über den sachlichen Inhalt des Parteitages vorenthalten. Erst in dem letzten, zwei Wochen nach Beendigung des Parteitags veröffentlichten Bericht Hexmanns in der "Volksstimme" wurden einige der eigentlichen Probleme des Parteitags - wenn auch nur vage in möglichst undurchsichtiger Form und ganz im Geiste der jugoslawischen Verräter am Marxismus - berührt.

Doch sogar die so nebulosen, schönfärberischen und titofreundlichen Erklärungen Hexmanns sind einigermaßen aufschlußreich. Im wesentlichen ist Hexmann nämlich trotz aller von ihm gebrauchten Gemeinplätze und Verklausulierungen gezwungen zuzugeben:

1.) daß sich Tito-Jugoslawien in schweren wirtschaftlichen Schwierigkeiten befindet (die Hexmann schönfärberisch als "Wachstumsschwierigkeiten" ausgeben möchte),

2.) daß die Macht im Staate keine Staatsmacht der Arbeiterklasse unter Führung von Kommunisten ist, und

3.) daß das von der Konferenz der 81 kommunistischen Parteien in Moskau im Jahre 1960 einmütig als "antileninistisches revisionistisches Programm" verurteilte jugoslawische Parteiprogramm, wegen dem die jugoslawischen Revisionisten von der ganzen kommunistischen Weltbewegung als Verräter an der Sache des Marxismus-Leninismus gebrandmarkt wurden, unverändert weiter in Kraft ist, nachdem - wie Hexmann eingestehen muß - "eine Änderung dieses Programms" auf dem Parteitag nicht beschlossen wurde.

Sind diese Äußerungen Hexmanns, bei all der genügend deutlich zum Ausdruck gebrachten Ergebenheit für die verräterische Politik Titos, schon recht kennzeichnend, so ist man doch gezwungen, die Berichte der bürgerlichen Presse über den jugoslawischen Parteitag zu lesen, um einen Einblick in das Wesen der vor sich gegangenen Diskussionen und der gefaßten Beschlüsse zu erhalten. (Erneut erweist sich hier, daß die "Volksstimme" nicht nur aufgehört hat, die internationalen Ereignisse in marxistischem Sinn zu kommentieren, sondern daß sie nicht einmal über die wichtigsten Fakten informiert, sodaß sich das frühere Motto "Wer die Volksstimme liest, weiß mehr!" praktisch in das neue Motto verwandelt hat: "Wer nur die Volksstimme liest, weiß nichts mehr!" Anmerkung des Herausgebers).

Aus den Berichten der bürgerlichen Presse, wie etwa der Wiener "Presse", der "Frankfurter Allgemeinen", der "Neuen Zürcher Zeitung" oder des Pariser "Monde" über den 8. Parteitag des BdKJ erfährt man folgende wesentliche Tatsachen:

Das System der sogenannten "Arbeiter-Selbstverwaltung", unter welchem irreführenden Titel die Tito-Revisionisten seit dem Jahre 1950 die sozialistische Wirtschaft Jugoslawiens systematisch und schrittweise auf den Weg der Entartung und Rückverwandlung in eine kapitalistische Wirtschaft gebracht haben, wird gemäß den Beschlüssen dieses jüngsten Parteitags noch weiter in Richtung kapitalistischer Grundsätze ausgebaut. Während bisher die Neuinvestitionen in den Wirtschaftsunternehmen noch zum großen Teil eine Sache der zentralen staatlichen Stellen waren, soll hier jetzt ein entscheidender Wandel eintreten. Die einzelnen Betriebe und Wirtschaftsunternehmen werden von nun an selbst über ihre finanziellen Mittel verfügen und sie bei den Banken, in denen sie Stimmrecht haben, deponieren. Künftig werden - anstelle der staatlichen Behörden - diese Banken den Löwenanteil der Investitionen in der Wirtschaft durchführen. Die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der jugoslawischen Einzelunternehmungen von den Interessen der Gesamtwirtschaft wird damit noch um ein Bedeutendes zunehmen - auch auf dem Gebiet des Außenhandels werden den Einzelunternehmungen noch größere Rechte zu selbständigen Transaktionen eingeräumt - Jugoslawien wird auf dem Wege der "Wettbewerbswirtschaft", das heißt der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft, noch weiter fortschreiten.

Das ist überhaupt das entscheidendste und wichtigste Resultat des Parteitages: Während zum Zwecke der Irreführung und Verwirrung der Kommunisten und aller wirklich dem Sozialismus ergebenen Menschen die Lüge von einer sozialistischen Wirtschaft in Jugoslawien weiter aufrecht erhalten wird, läßt man faktisch die letzten Fesseln fallen, die der vollen Restaurierung der jugoslawischen Wirtschaft im Sinne der kapitalistischen Marktwirtschaft noch im Wege waren und liefert die Werktätigen Jugoslawiens vollständig der Ausbeutung durch das wiederhergestellte kapitalistische System im Lande aus!

Diese zunehmende Ausbeutung der Werktätigen Jugoslawiens kommt am deutlichsten in der, wie es die "Presse" schreibt, "beinahe inflationär anmutenden Steigerung der Preise" zum Ausdruck, aber auch in der Tatsache, daß sich viele Zehntausende Jugoslawen als Fremdarbeiter im kapitalistischen Ausland verdingen (allein rund 20.000 in Österreich).

Auf dem Tito-Parteitag wurde mitgeteilt, daß in den seit dem letzten Parteitag vergangenen 5 Jahren nicht weniger als 100.000 Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen worden sind - ein sprechender Beweis einerseits für die herrschende Unzufriedenheit mit den Herrschaftsmethoden des Tito-Revisionismus und andererseits für den Druck und den Terror, der gegen jede Opposition aus den Reihen der werktätigen Massen ausgeübt wird. Dem Zwecke der noch stärkeren Unterdrückung der Opposition innerhalb des - wie schon die Zahl der Ausschlüsse zeigt - ohnehin bereits sorgfältig gesiebten sogenannten "Bundes der Kommunisten Jugoslawiens" dient der Beschluß über die Einführung des im Staatsapparat bereits seit dem Vorjahre bestehenden Systems der "Rotation der Kader" auch in der Partei, wonach mindestens ein Viertel der Mitglieder der Körperschaften der Partei bei jeder Wahl gewechselt werden muß. Damit hat die herrschende Clique der Tito-Revisionisten ein ausgezeichnetes "legales" Mittel in der Hand, jedwedes mißliebige Element auszuschalten und immer dienstfertigere Lakaien an die maßgeblichen Stellen zu bringen.

Im Zusammenhang mit den Fragen der Partei in Jugoslawien sei hier auf die ausdrückliche Bestätigung Hexmanns in seinem der "Volksstimme" gegebenen Interview hingewiesen, daß nach jugoslawischer Auffassung die Rolle einer kommunistischen Partei nicht darin bestehen darf, Gesetze zu entwerfen, die dann in den staatlichen Organen beschlossen werden, sondern daß dort Beschlüsse und Gesetze von den staatlichen Organen ausgehen und die Mitglieder des BdKJ lediglich die Aufgabe haben, in den staatlichen Organen "die Leitgedanken des Bundes zu vertreten". Hier wird also von einem der führenden österreichischen Revisionisten unumwunden und unmißverständlich zugegeben, daß in Jugoslawien nach der Ersetzung der Kommunistischen Partei durch einen Tito-Rankowitsch-Bund der Grundsatz der führenden Rolle der kommunistischen Partei auch rein formal völlig aufgegeben wurde.

Erwähnenswert ist auch die auf dem Parteitag bekanntgewordene Tatsache, daß die Arbeiter in der jetzigen Mitgliederschaft des BdKJ eine Minderheit darstellen, daß aber unter den aus der Partei Titos Ausgeschlossenen sich mehr Arbeiter befinden, als ihrem prozentuellen Anteil im Bund entspricht, während bei den Neuaufnahmen in den BdKJ ein deutlicher Rückgang des Anteils der Jugendlichen zu verzeichnen ist.

Seiner bereits traditionell gewordenen Rolle der Unterwühlung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung wurde Tito durch gehässigste Angriffe gegen das volkreichste Land des sozialistischen Lagers, gegen die Volksrepublik China gerecht, deren

kommunistische Partei er - laut "Volksstimme" - des Versuchs bezichtigte, "der Welt eine Gewaltpolitik aufzwingen zu wollen". Tito erklärte die KP Chinas als unleninistisch und verurteilte den chinesischen Atomtest als ein die Welt alarmierendes Ereignis, das bekunde, daß China gegen die Abrüstung sei. Wie man es von Tito nicht anders erwarten konnte, verdrehte er auch hier wieder weiß in schwarz, indem er die durch die chinesische Atombombe bewirkte Stärkung der militärischen Verteidigungskraft des sozialistischen Lagers gegen die Aggressions- und Kriegspläne der Imperialisten und die somit gewaltig gesteigerten Kräfte zur Verteidigung des Weltfriedens in einen gegen den Weltfrieden gerichteten Akt von "Gewaltpolitik" des sozialistischen China umfälschte.

In seiner Rede vor dem Parteitag trat Tito entschieden gegen die Möglichkeit auf, den Konflikt in der kommunistischen Weltbewegung beizulegen. Er wandte sich gegen jede zentralisierte Organisation der internationalen kommunistischen Bewegung - mit anderen Worten: er tat sein Bestes, um die Differenzen in der kommunistischen Weltbewegung, an deren Entstehung er bzw. seine revisionistische Politik entscheidenden Anteil hat, weiter zu vertiefen und zu verstärken. Es versteht sich von selbst, daß Tito insbesondere den gestürzten Haupt-Repräsentanten des modernen Revisionismus, N.S. Chruschtschow, hoch leben ließ und mit Lobeshymnen auf ihn vor dem Parteitag nicht sparte.

Obwohl die Verurteilung des gegen die kommunistische Weltbewegung gerichteten jugoslawischen Revisionismus, welche die KPÖ gemeinsam mit den anderen 80 in Moskau im Jahre 1960 vertretenen kommunistischen Parteien ausgesprochen hat, nach wie vor aufrecht ist und obwohl diese Verurteilung des modernen Revisionismus auch durch den letzten Parteitag der KPÖ im Jahre 1961 bestätigt wurde, somit für die gesamte Partei einschließlich ihrer leitenden Organe, des ZK und des Polbüros verpflichtend ist - trotz all dem hat die Parteiführung der KPÖ auch im Zusammenhang mit dem abgelaufenen 8. Kongreß der jugoslawischen Revisionisten ihre dem Marxismus-Leninismus entgegengesetzte spalterische Tätigkeit fortgesetzt. Sie hat damit einen eklatanten Bruch der dem Parteileben zugrunde liegenden Prinzipien auf sich genommen und zu verantworten. Indem die Führung der KPÖ den Belgrader Parteitag im Namen der ganzen österreichischen Partei begrüßte und das Bestehen von Einigkeit zwischen den beiden Parteien hervorhob, indem sie dem BdKJ entgegen allen Beschlüssen der kommunistischen Bewegung neuerlich das falsche Zeugnis ausstellte, "ein Gesellschaftssystem ohne Ausbeutung zu errichten und den Frieden zu sichern" (Erklärung Fürnbergs auf dem Belgrader Parteitag), hat sie mit den Grundsätzen der internationalen proletarischen Solidarität, mit den im Kampf gegen den Revisionismus beschlossenen Richtlinien und mit dem Marxismus-Leninismus überhaupt gebrochen.

W.F.

Parteileben - Aus dem Parteileben - Aus dem Parteileben

Die Ausschlüsse in Steyr

GENOSSE FRANZ SCHMIDBERGER SCHREIBT UNS

Die "Rote Fahne" hat schon in ihrer Ausgabe vom 1. November 1964 berichtet, daß gegen Genossen Franz Schmidberger, dem langjährigen bekannten Funktionär der Steyrer Parteiorganisation und Gemeinderat von Steyr, in einer Besprechung eines Zirkels von Angehörigen der BO Steyr-Werke ein "Ausschlußantrag" fabriziert wurde, der allen Regeln und Normen der innerparteilichen Demokratie gröblichst widerspricht. Inzwischen hat sich die Bezirksleitung Steyr dieses bestellten "Ausschlußantrages" angenommen und den Ausschluß unter Assistenz der Landesleitung Linz zu sanktionieren versucht. Wie es dabei zuging, erfahren wir aus einem Brief des Genossen Schmidberger selbst, den wir im folgenden unseren Lesern zur Kenntnis bringen:

Franz Schmidberger
Steyr, OÖ.
Wachtturmstraße 1

An die
Redaktion der "Roten Fahne"
Wien 15.,

Werte Genossen!

Vor kurzem habt Ihr über den Versuch berichtet, mich nach jahrzehntelanger aufopfernder Tätigkeit für die Partei aus dieser auszuschließen. Nun haben sich seit Eurem Bericht eine Reihe von weiteren schwerwiegenden Ereignissen ergeben, die ich Euch zur Kenntnis bringen möchte.

Am Donnerstag, den 29. Oktober, brachte mir das Bezirksleitungsmitglied Mascher einen Brief zu meinem Arbeitsplatz. Der Brief enthielt eine Einladung zu der am Freitag, den 30. Oktober - also tags darauf - im Parteiheim stattfindenden Bezirksleitungssitzung mit folgender Tagesordnung:

1.) Ausschlußantrag der BO Steyr-Werke
2.) Politische Lage

Als ich der Einladung entsprechend kurz vor 20 Uhr auf der Bezirksleitung eintraf, fand ich bereits die BL versammelt. Es stellte sich heraus, daß sie bereits zu einem früheren Zeitpunkt eingeladen worden war, um dem aus Linz gekommenen Landesleitungsmitglied Ruschitzka Gelegenheit zu geben, die Anwesenden im gewünschten Sinne zu präparieren.

Moser, der den Vorsitz hatte, begann gleich über die Situation in Steyr und von der "fraktionellen Tätigkeit" verschiedener Genossen, einschließlich meiner Person, zu sprechen. Er erzählte weiter, daß Montag, den 26. Oktober, eine Mitgliederversammlung der BO Steyr-Werke stattgefunden habe und dort ein Antrag auf Ausschluß des Gen. Schmidberger zur Abstimmung gebracht worden sei. Die Anwesenden hätten diesen Antrag einstimmig angenommen.

Ich meldete mich daraufhin zum Wort und erklärte: Genosse Mascher besuchte mich am erwähnten Montag auf meinem Arbeitsplatz im Betrieb und fragte mich, ob ich abends nach Arbeitsschluß auf die Bezirksleitung kommen wolle. (Jeden Montag nach Betriebs-

schluß finden auf der BL zwanglose Besprechungen über die Lage im Betrieb statt, wobei von der gesamten BO-Mitgliederschaft jeweils 5-8 Genossen kommen, je nachdem, ob sie gerade Zeit und Interesse haben!) Ich fragte Mascher, ob etwas Besonderes los sein würde. Mascher antwortete: "Nein, wie üblich!" Ich sagte, daß ich entweder mit großer Verspätung oder garnicht kommen könne, da ich etwas zu tun habe. Mascher sagte kein Wort von einer Mitgliederversammlung und nahm meine Erklärung zur Kenntnis. Ich habe mich danach bei zwei anderen BO-Mitgliedern erkundigt, ob sie zu einer Mitgliederversammlung eingeladen worden waren, doch auch sie verneinten; von einer Mitgliederversammlung sei nichts gesagt worden. Ich muß daher feststellen, daß erstens keine Mitgliederversammlung der B.O. stattgefunden hat, weshalb zweitens auch kein gültiger Ausschlußantrag zustandegekommen sein kann. Somit fordere ich die Absetzung des Punktes 1 von der Tagesordnung.

Als ich Genossen Gaiblinger (Mitglied der BO Kugellager) fragte, wieviel Genossen bei dieser angeblichen Mitgliederversammlung gewesen wären und wer diese Genossen seien, gab er mir zur Antwort: "Wenn Du gekommen wärst, hättest Du sie gesehen!"

Moser lehnte meinen Antrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes 1 ab und behauptete neuerlich, die Zusammenkunft am 26. Oktober sei eine Mitgliederversammlung gewesen. Ich forderte nun Moser auf, mir eine Einladung zu zeigen, worauf er antwortete, es sei nur mündlich eingeladen worden, weil es die besonderen Verhältnisse der BO so erfordern. In diesem Moment schaltete sich das Landesleitungsmitglied Ruschitzka ein und versuchte die Situation zu retten, die für Moser und sein Gefolge peinlich zu werden begann. Ruschitzka erklärte, unabhängig davon, ob eine Mitgliederversammlung stattgefunden habe oder nicht, hätte nach Paragraph 29 des neuen Statuts jedes Leitungsmitglied das Recht, einen gültigen Ausschlußantrag zu stellen, der dann von den höheren Parteiinstanzen angenommen oder abgelehnt werden könne. Welches Statut Ruschitzka dabei verwendet, ist unklar, denn aus dem derzeit in Kraft stehenden Parteistatut geht ein solches Recht einzelner Leitungsmitglieder nicht hervor.

Nun begann Moser wieder von meiner Verbindung zu "parteifremden Elementen" (nämlich zu den Genossen von der "Roten Fahne") zu sprechen, was er als eine "fraktionelle, gegen die Partei gerichtete Tätigkeit" bezeichnete. Schließlich forderte er mich auf, meine Verbindung mit den Genossen der "Roten Fahne" abzubrechen und eine diesbezügliche Erklärung abzugeben.

Ich antwortete: Weder ich noch die anderen Genossen, mit denen ich befreundet bin, haben eine Fraktion gebildet. Kein einziges der anwesenden Bezirksleitungsmitglieder kann den Beweis oder einen Zeugen dafür erbringen, daß ich jemals zu irgendeiner Fraktionskonferenz oder dergleichen eingeladen habe. Wir haben allerdings untereinander und mit vielen anderen Genossen über die Differenzen in der kommunistischen Weltbewegung und in unserer Partei diskutiert und wir sind auch in den Versammlungen und Sitzungen der Partei immer offen und sachlich für unseren Standpunkt eingetreten. Niemand kann darin Fraktionismus erblicken. Niemand kann es als eine für die Partei schädliche Handlung erklären, wenn wir immer und immer wieder gegen die revisionistischen Tendenzen in der Partei aufgetreten sind. Die Ereignisse in der Sowjetunion, vor allem die Absetzung Chruschtschows, zeigen uns, daß wir mit unserer Ansicht recht hatten. Ich erinnere nur an die Diskussion, die ich mit dem hier anwesenden Genossen Schwarz hatte über Kuba. Wer hat recht behalten? Die Geschichte hat uns recht gegeben. Heute werden viele der Fehler, die wir schon lange erkannt und kritisiert hatten, Chruschtschow offiziell zur Last gelegt. Wollt Ihr mich deshalb aus der Partei ausschließen, weil ich mit meiner Kritik schon vor dem Sturz Chruschtschows auftrat? Wir sind Kommunisten und haben daher jederzeit konsequent für den Marxismus-Leninismus einzutreten.

Bei meinen Ausführungen wurde ich von Ruschitzka und Moser wiederholt mit der Forderung unterbrochen, was ich sage, stünde nicht zur Debatte, sondern es gehe nur darum, ob ich bereit sei, eine Erklärung gegen die "Rote Fahne" abzugeben. Als ich das neuerlich verneinte und begründete, verlas Bezirkssekretär Treml den vorbereiteten

Ausschlußantrag. Zugleich verlangte er, ich solle das, was ich von der Partei erhalten habe, zurückgeben. Es stellte sich heraus, daß er insbesondere das Gemeinderatsmandat meinte, das ich jedoch nicht von Parteisekretär Treml, sondern von den Steyrer Arbeitern erhalten habe!

Abschließend gab ich folgende Erklärung ab:

> Ich bin Kommunist und werde auch in Zukunft für die Verbreitung des Marxismus-Leninismus eintreten. Ich bin der Ansicht, wenn man sich als Kommunist zu einer Auffassung durchgerungen hat, dann hat man auch die Pflicht, diese Auffassung konsequent zu vertreten und in die Praxis umzusetzen. Wenn man erkannt hat, daß die Partei einen revisionistischen, unmarxistischen Weg beschritten hat, so darf man nicht untätig bleiben, sondern muß als Kommunist entschieden dagegen auftreten. Zwar die Fehlerhaftigkeit der Politik der Partei zu sehen, diese Politik aber weiter zu billigen, wäre ein unkommunistisches, bürgerliches Verhalten. Genosse Moser hat auf der Plenartagung des Zentralkomitees die tiefen Differenzen in der Steyrer Organisation als persönliche Rivalitäten abzutun versucht und die ideologischen und politischen Meinungsverschiedenheiten verschwiegen. Daß es aber in Wahrheit um diese politischen Differenzen geht, beweist die Tatsache, daß außer mir noch eine ganze Reihe anderer Genossen ausgeschlossen werden sollen, wozu man schon eifrige Vorbereitungen trifft.
> Solange die Partei auf ihrem falschen, revisionistischen Weg weitergeht, hat die ROTE FAHNE ihre Existenzberechtigung und ist sie notwendig. Ich werde auch in Zukunft die Verbindung mit den Genossen von der Roten Fahne aufrecht erhalten und die Rote Fahne weiter verbreiten! Sollte die Bezirksleitung meinen Ausschluß beschließen, so möge sie bedenken, daß sie damit der Partei nicht nur großen Schaden zufügt, sondern darangeht, die ganze Parteiorganisation von Steyr zu zerschlagen!
> Was mein Mandat als Gemeinderat betrifft, denke ich nicht daran, es zurückzulegen, schon garnicht, es einem Revisionisten wie Parteisekretär Treml zu übergeben. Ich werde das Mandat behalten und die mir daraus erwachsenden Aufgaben und Pflichten noch aktiver als bisher im Interesse der arbeitenden Bevölkerung von Steyr, die mich gewählt hat, erfüllen!
>
> Franz SCHMIDBERGER

Über die Vorgänge beim Ausschluß von fünf weiteren langjährigen Aktivisten der Parteiorganisation Steyr berichten wir in den folgenden Nummern der "Roten Fahne".

CHRUSCHTSCHOWS WERKE

Wie wir aus dem Globus-Verlag erfahren, lagern dort rund 60.000 Chruschtschow-Bücher und -Broschüren, die nun eingestampft werden. Obwohl man z. Bsp. die fünfbändige, zusammen fast 800 Seiten umfassende Sammlung von Chruschtschows Reden und Schriften um den Gesamtpreis von nur S 6,- angeboten und groß inseriert hatte, war der Absatz leider sehr gering. Ebenso wie die nunmehrige Vernichtung der Chruschtschow-Schriften tut uns das wirklich leid, da gerade die Lektüre der Reden und Aufsätze Chruschtschows das beste Mittel war, um seine Prinzipienlosigkeit und Unseriosität zu erkennen.

TRIBÜNE DER JUGEND - TRIBÜNE DER JUGEND - TRIBÜNE



RÜCKSCHAU

Monatszeitschrift der Freien Österreichischen Jugend

Habt Ihr uns so wenig zu sagen?

Einige Jahre hatte ich die "JUGEND VORAN" abonniert und lernte dabei die Entwicklung einer revolutionären Zeitung der Arbeiterjugend zu einem Konkurrenzblatt von "BRAVO" und ähnlichen Produkten kennen. Das war der Grund, warum ich es vor einiger Zeit aufgegeben habe, die "Jugend voran" weiter zu lesen. Nun ist mir durch Zufall wieder ein Exemplar in die Hand gekommen, nämlich die Juli/August-Nummer des vergangenen Jahres, deren Rest-Exemplare man jetzt anscheinend als Werbe-Nummern verteilt. Doch das Datum ist Nebensache, weil auch die folgenden Nummern nicht viel anders aussehen. Das, was für die eine Nummer gilt, gilt leider auch für die anderen: Der Inhalt ist so seicht und so sehr der Form und dem Inhalt der bürgerlichen Presse angepaßt, daß man sich fragt, ob es einen Witz hat, einen jungen Menschen überhaupt zum Kauf dieser Zeitung zu animieren.

Doch nun zum Inhalt der mir übergebenen Nummer. Das junge hübsche Mädchen am Titelblatt ist eine Autostopperin und das Autostoppen und die daraus sich ergebenden Probleme sind gewiß interessant, sogar vom Klassenstandpunkt aus, obwohl dieses Problem kein Problem der arbeitenden Jugend ist. Ich kenne Christl nicht, die sympathische junge Dame, die den Artikel verfaßt hat. Auch wenn sie selbst keine aus dem bürgerlichen Mittelstand kommende Studentin oder Intellektuelle ist, wie die meisten ihrer winkenden Kameradinnen am Wegrand, sondern ein Arbeitermädel, bleibt es eine Tatsache, daß Arbeitermädchen gewöhnlich nicht in fremden Autos durch Europa bummeln - ebensowenig, wie es die jungen Damen aus der Schicht der "Oberen Zehntausend", der "High Snobiety" tun. Die Autostopperei ist eine typische Erscheinung des bürgerlichen Mittelstandes. Warum Arbeitermädchen ihre Ferien meist mit Eltern und Geschwistern verbringen, während die jungen Mädchen aus anderen Klassen einsam in die Welt ziehen, wäre sicher einer Untersuchung wert, aber dieses Problem in den Vordergrund zu stellen, heißt, daß man die vielen, vielen anderen, weit wichtigeren Probleme entweder nicht sieht oder nicht sehen will.

Es folgt ein bißchen Antimilitarismus. Er tut niemand außer einigen übereifrigen Nazis weh und scheint heute zum guten Ton zu gehören, da er zu nichts verpflichtet. Die "noch lange nicht müden Helden" behandeln die Machenschaften der "Kameradschaftsbünde", lehnt sie natürlich ab, aber gibt keine Alternative, sagt nicht: Was können und was wollen wir dagegen tun!

Anscheinend hat die Redaktion der "Jugend Voran" nun schon das Gefühl, sich mit diesen unverbindlichen Hinweisen schon zu weit auf politisches Gebiet vorgewagt zu haben. Denn man verabreicht den politisch bereits überforderten Lesergehirnen nun rasch leichtere Kost: Vier Fotos einer neuen "Band", die irgendeine verrückte neue Masche aus England nach der CSSR gebracht hat. Da Wien (nach Ansicht des Artikelschreibers) von der "Big-Beat-Welle" bisher nur am Rande erfaßt wurde, wird für die tschechische "Band" das Terrain bei uns vorbereitet. Unverkennbar will der Artikelschreiber ausdrücken: In der CSSR gibt es besonders tollen Big Beat - Ihr seht, junge Freunde, was der Sozialismus leistet! Das ist nicht nur lächerlich, sondern auch falsch. Die Schilderung der neuen Masche im Schlagergeschäft berührt nicht die Interessen der kämpfenden Arbeiterjugend, sondern nur das Geschäft der Herren vom Show-Business. Dabei tut nun anscheinend auch die CSSR mit. Schade. Alles, was die vorliegende Nummer der früher einmal revolutionären Jugendzeitschrift der KPÖ aus dem sozialistischen Lager zu berichten weiß, ist der Import "westlicher Kultur" aus England nach Prag.

Weitergeblättert: Die Kritik der Boulevard-Zeitungen ist ein gutes Thema - wäre es vom Klassenstandpunkt aus bearbeitet. Aber der "Jugend voran" geht es nur um die Äußerlichkeiten. Ein Porträt Sorayas ist zwar kritisch gemeint, man kann jedoch an diesem Kuchen so oder so mitnaschen, wie sich später beim Herrn Hitchcock zeigt. Ein Herr, der sich mit einer Zeitung an ein stilles Örtchen begibt, ist der Inhalt des nächsten Bildes. Nun, es gibt viele Zeitungen, die er in der Hand haben könnte. Es ist leicht, sich über die Boulevardpresse lustig zu machen und gewiss ist die "Jugend Voran" keines dieser Erzeugnisse. Sie ist eine Zeitung mit anständiger Tendenz - aber genügt das für eine Zeitung der kämpfenden Arbeiterjugend, genügt es schon gar für eine Zeitschrift, die junge Menschen zu Kommunisten erziehen soll?

Ich schlage die folgenden Seiten auf: In einem Artikel über das Lernen im Schlaf stößt man auf russische Namen. Ganz am Ende des Artikels erfährt man aus dem Hinweis, auch von "anderen sowjetischen Wissenschaftlern" würden die Versuche bestätigt, daß es sich nicht um Emigranten handelt. Schließlich klärt uns der verschämte Vermerk "Aus der sowjetischen Zeitschrift 'Nedelja'" vollends auf. Früher einmal hätte der Titel darauf hingewiesen, daß es sich um Erfolge sowjetischer Wissenschaftler handelt - heute aber wird auch die "Jugend Voran" (wie leider die ganze KPÖ) mehr und mehr "salonfähig" und dazu gehört, daß man das Wort sowjetisch ziemlich klein schreibt.

Nun etwas Sport. Fünf Bilder über Segelfliegen - (dem populärsten Massensport der österreichischen Jugend, oder etwa nicht?). Nichts gegen das Segelfliegen, aber haben wir nicht gerade im Sport viel brennendere Probleme, die die "Jugend voran" behandeln müßte, aber umgeht, wie die Katze den heißen Brei? Wieviel schrieb sie etwa über die Beherrschung aller internationalen Sportorganisationen durch den kapitalistischen Westen, wieviel berichtete sie über die GANEFO usw. ?

Endlich beginnt es interessant zu werden: Zwei Fotos - zwei Männer - zwei Gangster. Welcher Gangsterfilm hat beim Publikum mehr Chancen? Gut sind beide Filme, die hier besprochen werden - angeblich. Schau sie Dir an, lieber Leser, und laß den Kinobesitzer und die Schundfilmfabrik von der "Jugend voran" schön grüßen.

Das Thema Film verläßt uns bis zum bitteren - weil gehitchcockten - Ende nicht mehr. Neun Fotos zeigen Bettszenen, schöne Beine, einen Knaben, der sich mit einer Maschinenpistole in der Hand über eine Leiche beugt u. a. m. Es gibt keinen Schundfilm, an dem die "Jugend voran" nicht noch was Positives entdecken würde. Sie will niemand weh tun.

Und dann kommt der Höhepunkt der Nummer: Exklusiv-Interview der "Jugend voran" mit Mister Hitchcock. Eine Seite Porträt mit spezieller Widmung, zwei Seiten in Wort und Bild. Dieser Mann muß für die Jugend Großes geleistet haben - denkt der Laie. Doch er hat nur Abstoßendes geschaffen, nämlich einige mehr oder weniger phantasievolle Gruselfilme. Und damit ist die Zeitung restlos ausgeschöpft und kann weggeworfen werden. Oder glaubt Ihr, daß man sie aufheben und irgendeinem anderen jungen Menschen weitergeben soll? Wenn ja, dann bitte, warum ?

★

Was uns an der "Jugend voran" so irretiert, ist aber eigentlich garnicht so sehr die Form und der so flache Inhalt, als vielmehr das, die unerhört vielen brennenden Themen, die von ihr nicht berührt werden! Wer diese Zeitung liest, muß glauben, daß wir in einer friedlichen und eigentlich unbeschwerten Welt leben, in der Krieg und Klassenkampf böse Erinnerungen aus der Vergangenheit sind, die man möglichst nicht wiedererwecken will. Aus keiner einzigen Zeile geht hervor, daß heute dutzende Völker in blutigem und opferreichem Ringen um ihre Befreiung aus kolonialem und halbkolonialem Joch stehen, daß heldenhafte jugendliche Freiheitskämpfer im Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus und seine Partner tausendfach ihr Leben einsetzen und opfern. Die Welt dieser "Jugend voran" besteht aus den Kontinenten Europa und Amerika, genau genommen Nordamerika. Gewiß könnte niemand behaupten, die "Jugend voran" vertrete Rassenvorurteile, schreibt sie doch manchmal wohlwollend über den Kampf der US-Neger. Was soll man aber zu einer Jugendzeitschrift sagen, die kein Wort über den Kampf der überwältigenden Mehrheit der Menschheit bringt, über die hunderten Millionen, die heute den schicksalsschweren Kampf

gegen den Weltimperialismus führen, in dessen Verlauf sich das Gesicht der Erde ändert? Was soll einem jungen Menschen, der das Geschehen in der großen, weiten Welt erfahren will und erfahren soll, eine so einseitig beschränkte Zeitung nützen? Soll er warten, bis ihn der Mr. Hitchcock aufklärt?

Die "Jugend voran" hat trotz modernerer Aufmachung eine Entwicklung genommen, die nicht gutgeheißen werden kann. Was sie jetzt darstellt, unterscheidet sie nur mehr graduell von beliebigen anderen Jugendzeitschriften. Sie hat ihren inneren Wert verloren, weil sie versucht hat, sich mit allen Mitteln an den bürgerlich beeinflußten Geschmack der Menge anzugleichen und dabei alles abgeworfen hat, was dabei ihrer Meinung nach hätte hinderlich sein können - vor allem das wirklich Revolutionäre, wirklich Kämpferische, was die Jugend noch zu allen Zeiten angezogen und immer nur die Kleinbürger abgestoßen hat. Daran ändert sich auch nichts, wenn man mit Hilfe von schlüpfrigen Fotos oder Hitchcock-Widmungen ein paar neue Leser ergattert.

Es würde mich freuen, wenn die "Jugend voran" ihre frühere revolutionäre Haltung wiedergewinnen könnte. Es wäre eine große Hilfe für die österreichische arbeitende Jugend. Wie wäre es mit etwas Klassenkampf und proletarischem Internationalismus, Ihr lieben Freunde von der Redaktion der "Jugend voran"?

Es grüßt Euch Peter TESINSKY

AUS DER KOMMUNISTISCHEN WELTBEWEGUNG

DIE NEUGRÜNDUNG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI SPANIENS

Überall an den Fronten der revolutionären Weltbewegung, wo die heftigsten Zusammenstöße erfolgen und die erbittertsten Auseinandersetzungen im Gange sind, übernehmen die revolutionären, dem Marxismus-Leninismus treu gebliebenen Kommunisten die aktive Führung, während die Revisionisten und die von ihnen gegängelten Parteien ihren Haupteinfluß dort behalten, wo die kapitalistische Konjunktur und die Brosamen aus der Fülle der sich aus kolonialer und halbkolonialer Ausbeutung ergebenden Profite die Möglichkeit geben, das proletarische Klassenbewußtsein zurückzudrängen und durch kleinbürgerliche Ideologien zu ersetzen.

Das heute faschistische Spanien ist kein solches Land, wo der Revisionismus besondere Aussichten hätte. Als der revisionistische, seit langem nicht mehr in Spanien lebende Generalsekretär der KP Spaniens kürzlich dem Tito-Parteitag ein Grußtelegramm schickte, in dem er vom friedlichen Weg Spaniens zum Sozialismus fabelte, gab es sogar unter einigen Delegierten des Tito-Parteitags Verwunderung.

Was die spanischen Arbeiter betrifft, führen sie - verraten von den sozialistischen Führern und im Stich gelassen von den Revisionisten - jedenfalls seit langen Jahren einen unerhört opferreichen Kampf auf Leben und Tod gegen das faschistische Regime. Längst schon wäre Francos Diktatur vom Sturm einer Volkserhebung hinweggefegt worden, wenn nicht der amerikanische Imperialismus über dieses wie über alle anderen faschistischen und reaktionären Regimes der Welt seine schützende Hand halten würde.

Spanischer Faschismus und amerikanischer Imperialismus sind unmittelbar miteinander verbunden. Mehr und mehr erkennt das das spanische Volk und vor allem die spanische Arbeiterklasse. Somit ist auch klar, daß der Kampf des spanischen Volkes zum Sturz der faschistischen Diktatur untrennbar mit dem Kampf aller nach Freiheit strebenden Völker gegen den US-Imperialismus und seine Juniorpartner verknüpft ist. Nur wenn diese beiden Kämpfe gemeinsam geführt werden, kann der Sieg errungen werden. Kein Wunder, wenn daher heute die Nachrichten über die Kämpfe und Siege der am konsequentesten gegen den Imperialismus kämpfenden Kräfte in Spanien wachsendes Interesse finden.

Natürlich wissen auch die Feinde des spanischen Volkes um diesen Zusammenhang. Ob in Südkorea, Südvietnam oder in Spanien - ein Sturz der herrschenden Reaktionäre und Faschisten wäre dort wie hier ein schwerer Schlag gegen die Positionen des Imperialismus. Darum helfen die USA Franco, wo und wie sie können, während er sich seinerseits an ihre Rockschöße hängt. Aber während die USA gemeinsam mit der Armee Francos die größten Manöver der Nachkriegszeit durchführen, kämpfen die spanischen Arbeiter in immer eindrucksvolleren Massenbewegungen für ihre Lebensrechte. 150.000 Madrider Metallarbeiter haben eine 20-prozentige Lohnerhöhung, die 44-Stunden-Woche und 25 Urlaubstage pro Jahr gefordert. Auch die Bergarbeiter formieren sich zu neuen Aktionen. Gleichzeitig mit dem Kampf um ihre Tagesforderungen aber bereitet sich die spanische Arbeiterklasse systematisch für den großen antifaschistischen Befreiungskampf vor, der eines Tages unvermeidlich losbrechen und die Franco-Diktatur samt seinen amerikanischen Stützen beseitigen wird.

Da die revisionistische, zum Großteil seit Jahrzehnten im Ausland lebende Führung der spanischen KP weder fähig ist, diesen Kampf vorzubereiten und zu führen, noch gewillt ist, ihn auf sich zu nehmen, haben sich schon seit längerem marxistisch-leninistische Kampfgruppen gebildet, die versuchen, den kämpfenden Massen eine zielklare, revolutionäre Führung zu geben. Die Franco-Behörden haben darauf mit neuen Repressalien, mit fieberhaften Polizeiaktionen und noch bestialischeren Kerkermethoden geantwortet.

Doch sie können den Gang der Ereignisse damit nicht aufhalten. Mit größter Freude und Genugtuung erhalten wir nun Nachricht, daß sich am 4. Oktober 1964 irgendwo in Spanien die drei bisher bestehenden marxistisch-leninistischen Gruppen vereinigt und die ruhmreiche Kommunistische Partei Spaniens auf der Basis der Grundsätze des Marxismus-Leninismus wiedererweckt und neu gegründet haben. Wir geben nachstehend das erste Kommunique der KP Spaniens (M.-L.) im Wortlaut wieder:

KOMMUNIQUE

Am 4. Oktober 1964 führten die marxistisch-leninistischen Gruppen Spaniens eine Konferenz durch, an der folgende Gruppen teilnahmen: "Partido Comunista de Espana Reconstituido" (Neugegründete KP Spaniens), "Proletario" (Proletariat) und "Oposicion Revolucionaria Comunista de Espana" (Revolutionäre Kommunistische Opposition Spaniens).

Diese Organisationen hatten folgende Zeitungen herausgegeben: "Mundo Obrero Revolucionario" (Welt des revolutionären Arbeiters), "Proletario" und "La Chispa" (Der Funke).

Die Gruppen erreichten nach ausführlicher brüderlicher Diskussion über politische und ideologische Fragen, insbesondere Spanien betreffend, eine volle Übereinstimmung der Meinungen und beschlossen, sich zu vereinigen und die Kommunistische Partei Spaniens auf der Basis der Grundsätze des Marxismus-Leninismus neu zu gründen.

Das ist ein großer, eine neue Etappe einleitender Fortschritt und gibt der spanischen Arbeiterklasse die Partei der Avantgarde zurück, die den Kampf unseres Volkes für eine sozialistische Revolution organisieren und führen wird.

Die Kommunistische Partei Spaniens (M.-L.) grüßt alle Bruderparteien im gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus und Revisionismus!

Von nun an wird unser Parteiorgan heißen "Vanguardia Obrera" (Avantgarde der Arbeiter). Lang lebe die KP Spaniens (ML)! Lang lebe die Einheit auf der Basis des Marxismus-Leninismus! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Oktober 1964

Der Weg zur Einheit der kommunistischen Weltbewegung

AUS DER REDE DES GENOSSEN ENVER HODSCHA ZUM 20. JAHRESTAG DER BEFREIUNG ALBANIENS

(28. November 1964)

Zweiter Teil

Die Periode, in welcher sich die internationale kommunistische Bewegung jetzt befindet, ist eine Periode vollvon Schwierigkeiten und tiefen Divergenzen. Die Frage der Einheit unserer Bewegung beschäftigt heute mit Recht alle ehrlichen Kommunisten der Welt. Auch die Revisionisten sprechen heute von Einheit. Alle Revisionisten bemühen sich, die Parole der Einheit zu verwenden.

Unsere Partei jedoch ist der Meinung, daß die Losung des Kampfes für die Einheit nicht einfach eine Losung für taktische Zwecke ist, sondern ein sehr ernstes prinzipielles Schlüsselproblem - sowohl für die Gegenwart als auch für die Zukunft des internationalen Kommunismus.

Vor einiger Zeit projektierte die Chruschtschow-Gruppe unter der Losung der Einheit die Einberufung einer fraktionistischen internationalen Beratung, welche tatsächlich der Spaltung und durchaus nicht der Einheit gedient hätte. Dieses Projekt scheiterte. In der letzten Zeit wurde der Plan Chruschtschows aber wieder aufs Tapet gebracht und ein großer Lärm geschlagen, daß eine internationale kommunistische Konferenz jetzt angeblich unabdingbar sei.

Die PdA Albaniens war und ist für die Einberufung einer internationalen Beratung des Kommunismus, aber für eine solche, welche tatsächlich der Festigung der Einheit unserer Bewegung dient!

Diese Einheit in der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung fehlt heute infolge der spalterischen Tätigkeit der modernen Revisionisten. Und das ist das Grundübel. Deshalb liegen die Bedeutung und die Aufgabe einer Beratung des internationalen Kommunismus in der Beseitigung der Divergenzen und in der Herstellung einer wirklichen marxistisch-leninistischen Einheit.

Ihr Zweck kann nicht die Vorbereitung eines Dokuments voll von Kautschukformeln und auch nicht die formale Proklamation irgendeiner Art von Einheit sein, welche dann nach einigen Monaten durch neue Differenzen und durch das Wiederaufleben der öffentlichen Polemik über den Haufen geworfen wird.

Unsere Partei denkt, daß zur Sicherung einer wirklich marxistisch-leninistischen Einheit und zur Beseitigung der Differenzen unbedingt notwendig ist, vorher ernste Vorbereitungen zu treffen und eine große Vorarbeit zu leisten, um die unerläßlichen Voraussetzungen zum Erfolg einer internationalen Beratung zu schaffen!

Wir sind der Meinung, daß es zur Herstellung einer wahren Einheit im Schoße der kommunistischen Weltbewegung insbesondere notwendig ist, zuerst die Einheit des sozialistischen Lagers wiederherzustellen, das der Kern ist, um den sich die Einheit der gesamten kommunistischen und revolutionären Weltbewegung entwickeln und festigen kann. Ohne die Einheit des sozialistischen Lagers vermag keine einzige internationale Beratung eine wirkliche Einheit der kommunistischen Bewegung zu sichern.

Um positive Ergebnisse einer internationalen Beratung zu erzielen, ist außerdem die Lösung einiger weiterer bedeutender grundsätzlicher Fragen nötig.

Durch ihre antimarxistischen Haltungen und Handlungen haben die Revisionisten viele falsche Konzepte der Einheitlichkeit und der Rolle und Aufgaben der verschiedenen Parteien in bezug auf ihre Verwirklichung und Festigung ins Leben gerufen. Obwohl das nirgends geschrieben steht, wurde die Existenz eines "Dirigenten", einer "Mutterpartei", die unfehlbar ist und alles lösen kann, während alle anderen Parteien ihre Anhängsel sein sollen, die sich auch irren können, als unantastbare Regel eingeführt, ebenso der Standpunkt, daß nur eine Partei den Marxismus interpretieren kann, während alle anderen dies nicht können, usw. Als Resultat dieser Regeln sowie der sogenannten "Liberalisierung", welche der Revisionismus verkündete, wurden die Tendenzen der "Autonomie" - einer "Autonomie" nicht gegenüber den Dirigenten, mit denen alle revisionistischen Führer ja sehr eng verbunden sind, sondern gegenüber dem Marxismus-Leninismus und dem proletarischen Internationalismus! - gezüchtet und verbreitet.

Ohne alle diese antimarxistischen revisionistischen Auffassungen kategorisch zu verwerfen und ohne in diesen Grundproblemen völlige Klarheit zu gewinnen, ist jedes Bemühen um die Schaffung einer echten Einheit in der internationalen kommunistischen Bewegung rein formal und wird keinerlei Früchte tragen.

Der Marxismus-Leninismus ist eine große universelle Wahrheit. Jede Partei kann und muß den Marxismus-Leninismus unter den Umständen und Bedingungen des eigenen Landes anwenden, aber dieser Kompaß zeigt unfehlbar die Kardinalpunkte an!

Die Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin können auch nicht das Monopol einiger Parteien sein - sie sind der Schatz der Menschheit und aller Kommunisten!

Um die Fundamente für eine solide Einheit in der kommunistischen Bewegung zu legen, muß man die Konzepte der Revisionisten über die Notwendigkeit eines Dirigenten oder der blinden Befolgung der Linie einer Partei verwerfen!

Unsere Partei ist der Meinung, daß der "Dirigent" der Kommunisten nur der Marxismus-Leninismus selbst sein kann! Er führt sie; er und die Prinzipien des proletarischen Internationalismus vereinigen sie auch in ihrem großen Kampf! (Beifall).

Das Leben hat gezeigt, daß jede kommunistische Partei, ob groß oder klein, Fehler machen kann. Deshalb muß man jede Partei, wenn sie gefehlt hat, mag sie groß oder klein sein, kritisieren, damit sie ihre Fehler erkennt und diese korrigiert. Nur dieser Weg ist marxistisch. Wenn man eine kleine Partei nicht kritisiert, so ist das unrichtig; aber nur eine kleine Partei zu kritisieren und die große zu übergehen, das ist Servilismus. Wenn man die Fehler der großen Partei verheimlicht und sie nicht kritisiert, so ist das besonders schlimm, weil eine große Partei mit einer falschen Linie kollossalen Schaden anrichtet.

Die wirkliche Einheit verlangt wirklich freundschaftliche Beziehungen zwischen den Parteien, weil jede Partei die Unterstützung der anderen braucht. Die Erfahrungen einer jeden Partei sind ein großer Schatz für alle Parteien und müssen von allen ausgewertet werden.

Aber es darf kein Druck der einen Partei gegen die andere ausgeübt werden, um ihr diese oder jene Erfahrungen aufzuzwingen! Das schließt keineswegs freundschaftliche Ratschläge und Kritiken aus.

Ohne die eindeutige Festlegung der Normen der Beziehungen zwischen den Parteien gibt es keine Garantie, zu der Einheit zu gelangen, welche die Revolutionäre und wirklichen Marxisten wünschen. Es ist klar, daß wir Marxisten-Leninisten, wenn wir von Einheit reden, eine Einheit auf Basis leninistischer Prinzipien und nicht auf der Basis revisionistischer Kompromisse meinen. Wir wünschen, setzen uns ein und kämpfen für eine Einheit, in der weder der Revisionismus noch der Dogmatismus Platz hat.

Die Chruschtschow-Revisionisten haben alles getan, um die Völker und Kommunisten voneinander zu trennen, um sie in Unklarheit und vollständiger Unkenntnis über die Streitfragen und über die Standpunkte ihrer Brüder und Genossen auf der anderen Seite zu halten.

Deshalb war und ist unsere Partei der Meinung, daß die erste Maßnahme, die man vor der Beratung der führenden Vertreter ergreifen muß, die gründliche Information der Parteien und der einzelnen Kommunisten über die ideologischen Meinungsverschiedenheiten ist - eine Information nicht etwa nach dem Geschmack irgendwelcher vorher vorbereiteter "Agitatoren", sondern auf der Basis der Hauptmaterialien der Bruderparteien, die diese selbst bestimmen und die an alle Kommunisten verteilt werden müssen! Nur so kann die Parteimitgliederschaft selbst urteilen, Beschlüsse fassen und ihre Führung anweisen, wie sie sich zu verhalten hat. Man braucht heute kein Gerede über die Leninschen Normen, sondern ihre praktische Durchführung!

Unsere Partei ist der Meinung, daß ein solcher Weg günstige Vorbedingungen für die Beseitigung der Differenzen, zur Wiederherstellung der Einheit schaffen und den Boden für den erfolgreichen Ablauf einer Beratung des internationalen Kommunismus ebnen würde. Unsere Partei wird auch in Zukunft für eine solche Beratung zur Schaffung einer kämpferischen, marxistisch-leninistischen Einheit konsequent kämpfen.

Die wirkliche Einheit der kommunistischen Bewegung wird nur durch einen nachdrücklichen und grundsätzlichen Kampf aller Marxisten-Leninisten erreicht werden. Dem Sieg, den sie mit dem Sturz Chruschtschows erzielten, werden ohne Zweifel auch andere große Siege folgen. Die Kräfte des Marxismus-Leninismus wachsen rasch. Unsere Partei begrüßt aus ganzem Herzen die Bildung der marxistisch-leninistischen kommunistischen Parteien in Belgien, Australien, Brasilien, Indien, Ceylon und anderen Ländern (Beifall). Wir begrüßen alle revolutionären Kommunisten, die sich zu antirevisionistischen Gruppen zusammengeschlossen haben, wie jene Italiens, Frankreichs, Österreichs, Englands und der Niederlande, ferner die Revolutionäre Spaniens, Portugals, Chiles, Kolumbiens und anderer Länder. Unsere Partei grüßt alle jene Kommunisten, welche in den kommunistischen und Arbeiterparteien, in deren Führung Revisionisten sitzen, für den Sieg des Marxismus-Leninismus kämpfen!

Die revolutionäre Tätigkeit dieser Parteien und Gruppen hat die Reihen der modernen Revisionisten ernstlich erschüttert. Die Aussichten für den Kampf und den Sieg der revolutionären Kommunisten sind ausgezeichnet. Die Zukunft gehört ihnen, während die Revisionisten zum Scheitern verurteilt sind! (Beifall).

Die Partei der Arbeit Albaniens wird ihre marxistisch-leninistische Verbundenheit mit der KP Chinas und mit den anderen Bruderparteien, die fest auf den revolutionären Positionen des Marxismus-Leninismus stehen, weiter festigen. Sie wird weiter kämpfen für die revolutionäre Einheit zur Verteidigung der Grundsätze und großen Ideen von Marx, Engels, Lenin und Stalin. (Beifall). Unsere Partei betrachtet es als ihre internationalistische Pflicht, die Zusammenarbeit und Solidarität mit allen antirevisionistischen, revolutionären Kräften zu festigen und wird die Genossen, Brüder und Kampfgefährten unserer großen Sache mit all ihren Kräften unterstützen! (Beifall).

WIR BITTEN UM ZUSENDUNG DER ADRESSEN
VON INTERESSENTEN DER "ROTEN FAHNE"

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Franz Strobl, Wien 15., Goldschlagstr. 30/33

P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt Wien 101